presse

Faire Arbeit für eine gesunde Ernährung

***Waltraud Wolff**, zuständige Berichterstatterin;*
***Willi Brase**, zuständiger Berichterstatter:*

Die Produktions- und Verarbeitungsbedingungen von Lebensmitteln beeinflussen zunehmend die Kaufentscheidung vieler Verbraucherinnen und Verbraucher. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich gemeinsam mit der IG BAU und der NGG für bessere Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion ein.

„Die Land- und Ernährungswirtschaft stehen unter hohem internationalen Wettbewerbsdruck: Dies verleitet einige Unternehmen dazu, mit Hilfe von Werkverträgen und Leiharbeitsverträgen Dumpinglöhne in ihren Betrieben zu zahlen. Regelmäßig werden menschenunwürdige Arbeitsbedingungen - insbesondere in der Fleischbranche - aufgedeckt.

Gut ausgebildete und fair bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gesunde Lebensmittel produzieren, sind aber die Grundlage für das positive Bild der Land-und Ernährungswirtschaft und das hohe Vertrauen, dass ihr entgegengebracht wird.

Für die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Gewerkschaften IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) ist die erfolgte Aufnahme sowohl der Landwirtschaft als auch der Fleischindustrie in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes eine besonders wichtige Maßnahme, um hier faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Damit wird sichergestellt, dass in diesen Brachen keine Dumpinglöhne mehr gezahlt werden. Darüber hinaus müssen die kommunalen Aufsichtsbehörden dafür sorgen, dass entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine menschenwürdige Unterkunft erhalten, die den regional üblichen Wohnstandards entspricht.

Auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns inklusive der Dokumentationspflicht der Arbeitszeiten hat bereits einen wichtigen Beitrag für bessere Arbeitsbedingungen in diesen Wirtschaftszweigen gebracht.

Bei der anstehenden Neuausrichtung der Leiharbeit müssen Werkverträge und Leiharbeit klar voneinander abgegrenzt werden. Verdeckte Leiharbeit muss zukünftig ausgeschlossen werden. Betriebsräte müssen bei der Vergabe von Werkverträgen stärker beteiligt und besser informiert werden."

Hier können Sie die Gemeinsame Erklärung der Arbeitsgruppen „Ernährung und Landwirtschaft" und „Arbeit und Soziales" der SPD-Bundestagsfraktion und der Gewerkschaften IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) nachlesen.